



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

45. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:05 Uhr bis 13:25 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 5 |
| Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, Punkt 5 in Verbindung mit Punkt 10 der Tagesordnung zu behandeln. | |
| 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020) | 6 |
| Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2521 (Einführung in den Haushalt)
Vorlage 17/2564 | |
| 2 Innovation City Bottrop für ganz Nordrhein-Westfalen nutzbar machen
(beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1]) | 18 |
| Vorlage 17/2513 | |

- 3 Wann kommen die Erleichterungen für Windenergie auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen?** *(beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])* **20**

Vorlage 17/2495

- 4 Wie bewertet die Landesregierung das am 20.9.2019 vorgestellte Ergebnis des Klimakabinetts der Bundesregierung?** *(beantragt von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP [s. Anlage 3])* **24**

Vorlage 17/2532

- 5 Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen stärken – Wasserwege leistungsfähig halten** **28**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5366
Ausschussprotokoll 17/713

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7703

in Verbindung mit:

- 10 Personalausstattung der Wasserschifffahrtsverwaltung (WSV) im Ruhrgebiet** *(beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4])*

Vorlage 17/2572

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag und dem Änderungsantrag abzuschließen.

- 6 Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen** **31**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6611
Ausschussprotokoll 17/744

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Europäische Klimapolitik forcieren: CO₂ einen Preis geben und Energiegeld einführen **32**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5724
Ausschussprotokoll 17/750

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Aussprache zu vertagen, bis das Protokoll der Anhörung vorliegt.

8 Wie gestalten sich die sieben Revierknotenkonferenzen im Rheinischen Revier im Einzelnen? (beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5]) **33**

Vorlage 17/2563

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Grünen überein, die Aussprache zu vertagen.

9 Was tut und meint der Brexit-Beauftragte Friedrich Merz in der aktuellen Lage im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU? (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 6]) **34**

Vorlage 17/2567

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der SPD überein, die Aussprache zu vertagen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, Punkt 5 in Verbindung mit Punkt 10 der Tagesordnung zu behandeln.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Vorlage 17/2328 (Erläuterungsband)
Vorlage 17/2521 (Einführung in den Haushalt)
Vorlage 17/2564

(Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/7200 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt, am 18.09.2019)

Vorsitzender Georg Fortmeier gibt bekannt, die abschließende Abstimmung im Ausschuss über den Einzelplan 14 solle in der Sitzung am 18. November erfolgen.

Frank Sundermann (SPD) hält die sehr hohen Steuereinnahmen für das prägendste Element des Haushaltes. Sie hätten das starke Wachstum des Haushalts erst ermöglicht. Die Sozialdemokraten werteten dies als positiv, weil hohe Steuereinnahmen zu einem starken und handlungsfähigen Staat führten, der entscheidende Dinge umsetzen könne.

Die Beschlüsse der WSB-Kommission, die Finanzierung des Strukturstärkungsgesetzes sowie die hinterlegten Maßnahmen seien ohne diese Steuereinnahmen in den nächsten Jahrzehnten nicht möglich. Hohe Steuereinnahmen und damit verbunden ein starker Staat stellten einen sehr wichtigen und stabilisierenden Faktor für die Wirtschaft dar.

Die Schließung der letzten Zechen in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr sei ein trauriger Moment gewesen. Gleichzeitig verringerten sich dadurch die im Einzelplan 14 ausgewiesenen Subventionen im Vergleich zum Jahr 2010 um über 250 Millionen Euro bei einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro. Das führe zu mehr Spielraum im Ausgabenbereich.

Das prägendste Element der nordrhein-westfälischen Wirtschaft sei derzeit das Nullwachstum. Darüber, inwieweit das Bruttoinlandsprodukt entscheidend zur Bewertung einer Wirtschaft sei, könne aber im Zeitalter der Digitalisierung diskutiert werden.

Am 27. September 2017 habe der Minister eine sogenannte kleine Regierungserklärung gehalten und in diesem Zusammenhang auf die prosperierende und robuste Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen verwiesen. Gemeinsam mit der IHK habe er als entscheidendes Hemmnis den Fachkräftemangel identifiziert und als weiteres Problem

die Regulierung benannt. Als Erstes habe sich das Wirtschaftsministerium um die Abschaffung der Hygieneampel und die Änderung des Tariftreuevergabegesetzes sowie des Ladenöffnungsgesetzes gekümmert.

Die Novellierung des Ladenöffnungsgesetzes habe Rechtssicherheit für die Kommunen und die Schaffung von mehr freien Sonntagen zum Ziel gehabt, um den stationären Handel gegenüber dem Onlinehandel zu stärken. Rechtssicherheit bestehe jedoch nach wie vor nicht. Gerade kleinere Kommunen im ländlichen Raum fragten inzwischen zuerst bei der Gewerkschaft nach, ob ihr geplantes Vorgehen akzeptiert werde. Mehr freie Sonntage seien ebenfalls nicht erreicht worden.

Die Abschaffung bzw. Änderung der genannten Gesetze seien direkt am Anfang der Legislaturperiode in den Fokus gerückt worden. Dies halte die SPD für ungewöhnlich, weil der Minister damals schon die Bedeutung herausgestrichen habe, Prioritäten für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen allgemein und insbesondere für die Automobilindustrie zu setzen. Aktuell kämpften die Zulieferer im Antriebsstrang mit Diesel- und Benzinmotoren mit Problemen durch die Elektromobilität. Positiv sei die Freigabe der ersten Tranche zu werten.

Der Minister sei im Automobilbereich in den letzten zwei Jahren zu wenig aktiv geworden. Laut Bericht vom 30. September werde aktuell eine Ausschreibung für eine Studie zur Zukunft der Automobilindustrie vorbereitet, obwohl das Problem seit 2,5 Jahren bekannt sei.

Laut eigener Aussage wolle sich der Minister neben der Automobilindustrie um die industriellen Kerne kümmern. Diese zeichneten die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen aus. Die langen Wertschöpfungsketten müssten gestärkt werden. Sie seien entscheidend für die nachhaltige Prosperität der Wirtschaft. Trotzdem sei das Industriepolitische Leitbild erst nach 2,5 Jahren vorgelegt worden.

In vielen Veranstaltungen sei das Industriepolitische Leitbild auf Augenhöhe mit der Digitalisierungsstrategie und der Energieversorgungsstrategie dargestellt worden. Konsequenterweise sei das Parlament über die beiden Strategien in Form einer Unterrichtung informiert worden. Dagegen habe das Ministerium das sehr wichtige Industriepolitische Leitbild ein wenig „versteckt“. Die Initiative zur Beratung im Ausschuss sei von CDU und FDP ausgegangen. Angebracht sei eigentlich eine Plenardebatte über das Leitbild auf Initiative des Ministers, um den Eindruck zu vermeiden, dass Digitalisierung im Vordergrund stehe und Industrie „mit der linken Hand mitgemacht“ werden müsse.

Nordrhein-Westfalen sei von der globalen Entwicklung abhängig. Insbesondere die Situation in den USA und das Vorgehen im Zusammenhang mit dem Brexit müssten beobachtet werden. Die Idee eines ehrenamtlichen Brexit-Beauftragten sei schlecht gewesen. Die mit dem Brexit zusammenhängenden Fragestellungen müsse das Wirtschaftsministerium bearbeiten. Dies sei auch erfolgt.

Zur Steigerung der Existenzgründungszahlen seien einige Projekte aufgesetzt worden. Das Institut für Mittelstandsforschung verzeichne allerdings einen Rückgang der Gründungen in Nordrhein-Westfalen. Das gesetzte Ziel sei somit nicht erreicht worden.

Seitens des Wirtschaftsministeriums seien viele Dinge identifiziert, aber falsche Prioritäten gesetzt worden. Gerade zum Thema „Brexit“ werde auch auf falsche Strukturen gesetzt.

Wenn die Versorgung mit Energie langfristig als wichtigster Punkt bezeichnet werde, gleichzeitig aber einer der wichtigsten Energieproduzenten in diesem Land – die Windenergie – verhindert werde, diskreditiere dies den ganzen Prozess. Die im LEP festgelegte Abstandsregelung von 1.500 m für Windenergieanlagen könne maximal bis zur nächsten Kommunalwahl aufrechterhalten werden.

Wibke Brems (GRÜNE) bezeichnet den Klimaschutz als *die* Herausforderung. Es reiche nicht, die Bedeutung des Klimaschutzes zu betonen, es müsse auch dementsprechend politisch gehandelt werden. Dieses Handeln müsse sich im Haushalt wiederfinden. Genau das leiste der vorgelegte Haushaltsentwurf nicht.

Immer wieder werde auf erhebliche Haushaltssteigerungen der vergangenen Jahre in diesen Bereichen verwiesen. Die 38 Millionen Euro des aufgelösten Titels „Fernwärmeschiene Ruhr“ flößen nun zum Teil in die Forschungsfertigung der Batteriezellen in Münster. Das – gute – Projekt gehöre jedoch eigentlich in den Forschungsetat. Die übrigen 10 Millionen Euro des Fernwärmetitels würden für die Unterstützung des Strukturwandels im rheinischen Revier eingesetzt. Auch das sein sicherlich sinnvoll und bedürfe der Unterstützung. Es stelle aber keine originäre Klimaschutzaufgabe dar und könne nicht zu den Investitionen für den Klimaschutz gezählt werden.

Hauptsächlich weise der Haushalt Erhöhungen im Bereich Elektromobilität auf. Die Förderung des Umstiegs auf Elektromobilität sei nicht falsch. Die Klimaschutzwirkung der Elektromobilität hänge aber davon ab, wie der Strom gewonnen werde.

Werde der Ausbau erneuerbarer Energien begrenzt, stelle Elektromobilität keinen Aspekt zur Unterstützung des Klimaschutzes dar.

Der Minister verweise immer wieder auf die Notwendigkeit der Forschung und Erarbeitung von Lösungen. Diese Technologien und Lösungen lägen bereits vor und müssten endlich umgesetzt werden. Die Zeit dränge. Deswegen würden auf unterschiedlichen Ebenen mehr Investitionen für Klimaschutz benötigt. Die kommunale Ebene sei sehr wichtig für die konkrete Umsetzung. Wie in der Vergangenheit auf Wettbewerbe zu setzen, sei möglicherweise nicht mehr der richtige Ansatz. Man müsse dahin kommen, dass nicht nur besonders schnelle und finanzstarke Kommunen in Klimaschutz investierten. In Klimaschutz müsse in der Breite investiert werden. Genau diese Aspekte solle die Landesregierung unterstützen.

Die Landesregierung sei verpflichtet, die klimaneutrale Landesverwaltung voranzubringen. Auf die Frage der Grünen, wie die Budgetreduzierung zu erklären sei, habe das Ministerium lediglich geantwortet, Stellen seien an andere Positionen verschoben worden. Darüber hinaus handele es sich aus Sicht der Grünen allerdings um eine weitere Reduzierung, die genau das Gegenteil des Benötigten darstelle. Auch die Landesverwaltung müsse an Tempo zulegen, um ihre Ziele zu erreichen.

Henning Rehbaum (CDU) bemängelt die negative und rückwärts gewandte Betrachtung der Wirtschaftspolitik durch die SPD. CDU und FDP seien motiviert und optimistisch im Wirtschaftsbereich unterwegs. Das müsse auch das Signal nach außen sein. Immer nur Kritik zu üben und sich derart mit Lob für Positives schwerzutun wie die SPD dies bei der Batteriezellforschung tue, sei peinlich.

Dank gehe an Professor Dr. Pinkwart, Staatssekretär Dammermann und das gesamte Ministerium für den Haushaltsentwurf, der sehr gute Antworten auf die großen Herausforderungen der Zeit finde. Es gehe nicht nur um die Finanzhöhe, sondern auch um die Verteilung der Mittel und das Standing der Wirtschaftspolitik innerhalb einer Koalition und eines Kabinetts.

Die Wachstumslücke zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bundesdurchschnitt der letzten Jahre sei kleiner geworden. Die Beschäftigung wachse im Bundesvergleich überdurchschnittlich. Das Land stehe aber auch vor großen Herausforderungen. Klimaschutz und Energiewende seien ebenso zu meistern wie der Strukturwandel. Auch die Digitalisierung, der demografische Wandel und der Fachkräftemangel stünden auf der Tagesordnung. Globale Handelskonflikte und Phänomene wie der Brexit dürften nicht außer Acht gelassen werden.

Zudem stehe die Landesregierung vor den Folgen einer rot-grünen Regierungspolitik. Verkehrspolitik sei jahrelang auf dem Niveau der Umweltspuren von Düsseldorf erfolgt. Die damalige Klimaschutzpolitik sei vollkommen eindimensional auf Windenergie ausgerichtet gewesen. Folge sei eine massive Klagewelle gegen Windkraftvorhaben und ein Totalausfall beim Photovoltaik-Ausbau. Auch auf Bundesebene werde nun über einen Mindestabstand der Windkraftanlagen von 1.000 m zu Siedlungen und dorffähnlichen Strukturen debattiert. Das zeige das Verständnis der Bundesebene dafür, dass Akzeptanz für Windenergie nicht zum Nulltarif zu haben sei.

Das Industriepolitische Leitbild der Vorgängerregierung habe nicht einmal den Weg ins Kabinett gefunden, sondern sei am Kabinett vorbei durch Minister Duin ins Parlament gebracht worden. Dies zeige, wie wenig Rückhalt Wirtschaftspolitik im damaligen Kabinett gehabt habe. Das nun vorliegende Industriepolitische Leitbild sei gut und sorgfältig erarbeitet worden und werde vom kompletten Kabinett mitgetragen.

Der Haushalt 2020 zeige die Entschlossenheit Wirtschafts- und Energiepolitik zu betreiben. Das Haushaltsvolumen sei nicht nur als Ergebnis einer besseren Konjunktur um 30 % angestiegen, sondern auch aufgrund der Wertschätzung von Wirtschaftspolitik innerhalb der Landesregierung.

Viel zu selten werde darauf hingewiesen, dass die Ausgaben für Energie und Klimaschutz seit 2017 um das Fünffache gestiegen seien. Mehr Geld werde für IN4climate.NRW und treibhausgasneutrale Industrie ausgegeben. Die Idee einer CO₂-neutralen Stahlproduktion sei gerade in einem Land wie Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. Deswegen fließe Geld und Emotion in diesen Bereich. Deutlich mehr Mittel stünden auch für das progres.nrw-Programm, also für die Elektromobilität, zur Verfügung. Kommunaler Klimaschutz, die Energieforschungsoffensive und Reallabore erhielten mehr Geld, um beispielsweise Wasserstoff als zentrales Element für das Energiesystem der Zukunft zu fördern. Das Land beteilige sich an den Aufbaukosten der

Forschungsfabrik Batteriezellforschung, die auch in Ibbenbüren und im Rheinischen Revier sowie in Münster Früchte tragen werde. Dabei gehe es nicht nur um Elektromobilität, sondern auch um alle anderen Anwendungsbereiche für Akkus.

Im Rheinischen Revier werde mit viel Geld Unterstützung für einen Strukturwandel ohne Brüche geleistet. Gleiches gelte für die Steinkohlestandorte. Der Aufbau einer Modellregion für Energieversorgungs- und Ressourcensicherheit sei eine große Aufgabe.

Ziel der Klimaschutz- und Energiepolitik sei es, die Klimaschutzziele von Paris einzuhalten und das WSB-Einigungsergebnis eins zu eins umzusetzen. Gleichzeitig müsse die Versorgungssicherheit für Wirtschaft und Bürger sichergestellt werden. Das dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Es gehe um sehr viele Arbeitsplätze, sehr viel Wertschöpfung und einen Kernbereich der nordrhein-westfälischen Wirtschaft. Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze müssten trotz Klimaschutz „Made in NRW“ erhalten werden. Es gebe eine Menge zu tun, damit das gelinge.

Viel werde in Wirtschaftsförderung investiert. Alle Innovationen und Erfindungen müssten auf den Markt gebracht werden. Das Land bringe dazu beispielsweise einen Automotive-Cluster nach vorn; denn die Automobilindustrie bleibe ein Wirtschaftsfaktor in ganz Deutschland. Die Weiterentwicklung von Verbrennungsmotoren und die Förderung von E-Mobilität und Wasserstoff stelle eine große Aufgabe dar, der sich das Land stelle.

Ebenso wichtig wie die Bereitstellung von Geld seien Rahmenbedingungen, unter denen die Wirtschaft vernünftig arbeiten könne. Stichworte wie Verfahrensbeschleunigungen, Bürokratieabbau und Infrastrukturausbau seien für Unternehmer von größter Bedeutung. In den letzten sieben Jahren vor Regierungsübernahme durch CDU und FDP habe es dazu nicht viele Anstrengungen gegeben. Seit Beginn der Legislaturperiode seien vier Entfesselungspakete mit 40 Maßnahmen in Umlauf gebracht worden, die Unternehmen die Möglichkeit gäben, besser und schneller zu arbeiten, Genehmigungen rascher zu erhalten oder Ansiedlungsvorhaben schneller umzusetzen.

Verkehrswegeausbau und -sanierung bewegten sich auf Rekordhöhe. Auch dies stelle ein wichtiges Signal für die Wirtschaft dar. Industriestandorte könnten nicht isoliert betrachtet werden; eine Vernetzung mit Verkehrswegen und digitalen Netzen sei vonnöten. Beides werde mit großer Geschwindigkeit und sehr viel Geld vorangetrieben. Auch die Mobilfunkvernetzung sei von größter Bedeutung. Im ländlichen Raum gebe es noch viel zu viele weiße Flecken im Mobilfunknetz. Nordrhein-Westfalen sei Spitzenreiter in Deutschland bei der Reduzierung dieser weißen Flecken.

Firmen, Fachkräften und Familien in Nordrhein-Westfalen solle es gut gehen. Das Land sei auf einem sehr guten Weg mit einem guten Haushalt.

Nach Ansicht von **Christian Loose (AfD)** geht das Programm leider weiterhin in Richtung Planwirtschaft. Der Staat gebe Technologien vor, statt die Marktwirtschaft darüber entscheiden zu lassen. Gleichzeitig bleibe unklar, wie viel CO₂ eingespart werde, wie in einer Antwort auf eine Frage der AfD deutlich werde. Fraglich sei, warum so viele

Mittel investiert würden, ohne den Umfang der CO₂-Eingesparung zu kennen. Hier werde reine Verschwendungspolitik betrieben.

Auch im Bereich der Energieforschungsoffensive und Reallabore werde kein Cent in die Erforschung neuer Technologien der CO₂-freien Kernenergie gesteckt. Die Landesregierung konzentriere sich auf einzelne Technologien, die sie in dem Glauben vorgebe, dass Deutschland diese brauchten. Alles andere werde ausgeblendet.

Die selbstgesteckten Ziele seien in vielen Fällen gar nicht erreichbar. Trotzdem werde weiterhin Geld ausgegeben, wie an den Pumpspeicherkraftwerken gesehen werde. Jetzt schon sei klar, dass der von 4 Millionen Euro auf 2 Millionen Euro reduzierte Ansatz nicht abgerufen werde. Als Showprogramm für die Gesellschaft werde so getan, als ob im Bereich der Pumpspeicherkraftwerke etwas getan werde.

Außerdem werde behauptet, es sei das bedeutendste Instrument der Wirtschaftsförderung, wenn das Land 2,5 Milliarden Euro von der EU erhalte, obwohl das Land vorher 5 Milliarden Euro dorthin überwiesen habe.

Die Landesregierung forcire den Kohleausstieg, obschon die Industrie in Deutschland eine zuverlässige Energieversorgung zu günstigen Konditionen benötige. Das werde weiter erschwert. Damit hänge auch der Erhalt von Arbeitsplätzen am seidenen Faden.

Deutschland habe weltweit die höchsten Strompreise und mit die schlechteste Versorgungssicherheit. Die Redispatch-Kosten stiegen von Jahr zu Jahr auf mittlerweile über 1 Milliarde Euro. Bei Steuern und Abgaben stehe Deutschland ohnehin an der Spitze. Statt zu verschlanken, baue das Ministerium weiter Personal auf. Am Ende werde leider derjenige diese Politik bezahlen, der seinen Arbeitsplatz verliere.

Ralph Bombis (FDP) hält fest, die AfD wolle entweder gar nichts machen oder führe Rezepte aus der Mitte des letzten Jahrhunderts ins Feld. Das sei nicht der Weg von CDU und FDP. Die Koalition versuche, den Problemen zu begegnen und nicht zu behaupten, dass es einfache Lösungen gebe oder Schwierigkeiten durch Nichtstun verschwänden.

Seitens der SPD habe er wenig inhaltliche Kritik gehört. Die Kritik habe sich im Wesentlichen darauf bezogen, dass an der einen oder anderen Dinge nicht schnell genug gegangen seien oder – wie vor allem die Grünen geäußert hätten – man an der einen oder anderen Stelle noch mehr machen könne. Beschränke sich die Kritik der Opposition auf diese Punkte, habe die Landesregierung offensichtlich einen sehr ordentlichen Haushaltsentwurf vorgelegt.

Laut SPD wirkten Steuereinnahmen stabilisierend auf die Wirtschaft. Der Staat verfüge aber nur über diese Steuereinnahmen, weil die Wirtschaft so gut funktioniere. Das sei Voraussetzung und der Grund, warum die Koalition die Wirtschaft und die Rahmenbedingungen für die Beschäftigten stärken wolle.

Sehr schnell sei die Entbürokratisierung für Unternehmen in Angriff genommen worden. Keineswegs solle aber alles neu gemacht werden. Der Minister habe immer wieder betont, gute Ansätze der Vorgängerregierung weiterzuführen.

Das vorgelegte Industriepolitische Leitbild sei gründlich erarbeitet worden und finde überall Akzeptanz. Es sei in die Zukunft gerichtet. Ebenso habe die Landesregierung eine gründlich erarbeitete Energieversorgungsstrategie vorgelegt. Bei solchen Themen gehe Gründlichkeit eindeutig vor Schnelligkeit.

Richtig sei, es gebe bereits Lösungen, wie Frau Brems angesprochen habe. Diese Landesregierung ermögliche durch eine Innovationsstärkung und durch Investitionen die Umsetzung dieser Lösungen. Übrigens habe es diese Lösungen auch schon vor drei, vier Jahren gegeben. Die Grünen müssten sich fragen lassen, warum sie nicht an diesen Lösungen gearbeitet hätten oder auf der Bundesebene für eine umfassendere Stärkung der Energieversorgung gesorgt hätten.

Richtig sei auch, dass manches noch besser hätte laufen können. Die Nachläufe der Vorgängerregierung in Bezug auf das Ladenöffnungsgesetz seien schwierig und die Anläufe nach der Gesetzesänderungen nicht hundertprozentig zufriedenstellend gewesen. Das Land stehe weiterhin in Kontakt mit den Beteiligten und stelle eine sukzessive Besserung fest. Genauso schließe sich die Wachstumslücke im Vergleich zu anderen Bundesländern langsam. Auch dies geschehe nicht von heute auf morgen. Die Rezessionsgefahr in weiten Bereichen der Wirtschaft sei nicht von der Hand zu weisen. Eine zusätzliche Erschwernis stelle der Fachkräftemangel dar, dem alle Parteien über viele Jahre zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hätten.

Mit dem politisch gewollten Strukturwandel, der in besonderer Weise Nordrhein-Westfalen betreffe, hätten sich Minister Professor Pinkwart und Ministerpräsident Laschet in Berlin sehr intensiv und im Sinne von Nordrhein-Westfalen auseinandergesetzt und diesen in die Beratungen der Strukturkommission eingebracht.

Ein ehrenamtlicher Brexit-Beauftragter der Landesregierung bedeutet selbstverständlich nicht, dass nicht gleichzeitig in der Staatskanzlei und im Wirtschaftsministerium mit Hochdruck an der Bewältigung des Brexit-Folgen gearbeitet werde.

Der Entwurf des Einzelplans 14 sei ausgewogen, fördere wichtige Stärken des Landes und diene dazu, den Nachholbedarf zu verringern. Die Wirtschaft werde entlastet und die Energieversorgung sichergestellt. Das Land investiere in neue Unternehmen und deren Grundlagen, ohne die bestehenden Unternehmen zu vernachlässigen. Auch die Digitalisierung werde vorangetrieben. Rahmenbedingungen und Akzeptanz für erneuerbare Energien würden geschaffen. Innovation, Forschung und Entwicklung würden vorangetrieben, um Nordrhein-Westfalen insgesamt voranzubringen und zu stabilisieren.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) bestätigt, die Wachstumslücke zum bundesdeutschen Durchschnitt werde kleiner, während sich das Wachstum weltweit abschwäche. Man befinde sich in der Spätphase eines langen Konjunkturzyklus. Es sei mit Unwägbarkeiten verbunden, ob Maßnahmen wie die wiederholten Konjunkturprogramme in China zur Stabilisierung beitragen könnten und inwieweit durch hoffentlich positive Vertragsverhandlungen zwischen den USA und China die Zeichen im Welthandel wieder günstiger würden. Die Zentralbanken allein könnten das Problem nicht lösen. Hier sei Politik gefordert.

Nordrhein-Westfalen sei stark von den internationalen Verflechtungen abhängig, könne aber auch eine Menge selbst tun. Fern von den konjunktur- und weltpolitischen Zusammenhängen müsse das auch wegen des tiefgreifenden Transformationsprozesses getan werden. Stichworte hierzu seien „Digitalisierung“ und „Neoökologie“. Unternehmen und Nationen reagierten immer stärker auf Nachhaltigkeitsthemen. Hier nichts zu tun, bedeute einen Rückschritt und damit den Verlust von Arbeitsplätzen.

Das Land nutze seine Gestaltungsmöglichkeiten, auch wenn es schön sei, noch schneller sein zu können. Beim Industriepolitischen Leitbild sei es ihm darum gegangen, keinen durch diese Leitlinien vorbereiteten Prozess einfach durchzuwinken; das sei zu wenig.

Bei der Vorgängerregierung habe er ein starkes Gegeneinander von Umwelt und Wirtschaft wahrgenommen. So seien die Leitlinien auch positioniert gewesen – eher aus der Sicht einer Abwehrhaltung. Industrie müsse sich aber nicht für seine Existenz entschuldigen und Argumente dafür finden, sondern nach vorn beschreiben, wie sie mit dem Thema „Umweltschutz“ und mit einer modernen Gesellschaft arbeiten könne. Den Diskussionsprozess darüber erneut zu beginnen, mit dem Ziel, Nordrhein-Westfalen zu dem modernsten und umweltfreundlichsten Industrieland in Europa zu machen, habe sich gelohnt. Der Prozess sei mit den Stakeholdern, insbesondere den Sozialpartnern, und innerhalb der Landesregierung geführt worden. Dies sei auch im Lichte der Beratungen geschehen, die parallel stattgefunden hätten. Entscheidend sei die Energieversorgung der Zukunft.

Nicht sinnvoll sei ein Industriepolitisches Leitbild ohne Energieversorgungsstrategie. Diese habe abgewartet werden müssen. Gleiches gelte für die Digitalstrategie. Der Megatrend Digitalisierung betreffe gerade den Industriestandort Nordrhein-Westfalen stark. Bei Regierungsübernahme habe noch keine Digitalstrategie vorgelegen; sie habe zunächst erarbeitet werden müssen. Nach Fertigstellung dieser beiden Strategien seien unmittelbar die Beratungen zum Industriepolitischen Leitbild zusammengeführt worden.

Auf eine Unterrichtung des Landtags über das Industriepolitische Leitbild habe man verzichtet. Da das Leitbild zusammen mit den Sozialpartnern erarbeitet worden sei, habe es gemeinsam mit diesen vorgestellt werden sollen. Es sei ein starkes Zeichen für Nordrhein-Westfalen, wenn die gesamte Landesregierung das Leitbild berate, verabschiede und gemeinsam mit den Sozialpartnern der Öffentlichkeit vorstelle.

In dringend notwendige Zukunftsthemen werde investiert. Trotz der günstigen Steuereinnahmesituation blieben die Gelder des Landes Nordrhein-Westfalen begrenzt, so dass mit den Mitteln sehr sorgsam umgegangen werden müsse. Bei vielen Projekten habe sich NRW auf Bundesebene erfolgreich im Wettbewerb durchsetzen können. Dies sei der Erfolg beispielsweise der Wissenschaftler, wenn er an die Batteriezellforschungsfabrik denke, aber auch der Unternehmen, die bereit seien, solche Dinge zu unterstützen. Das sei wichtig für das Land und verbessere die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes bei der Ansiedlung anderer Unternehmen, die im Kontext dieser Technologien nach Standorten suchten.

Batteriezellforschung betreffe nicht nur E-Autos, sondern sei eine Speichertechnologie für das Energiesystem der Zukunft. Erneuerbare Energie müsse in einen Ausgleich mit der Nachfragesituation gebracht werden. Auch werde versucht, die energieintensive Wirtschaft zu flexibilisieren. Klimaschutz könne Arbeitsplätze schaffen, und zwar Forschungsarbeitsplätze und Folgearbeitsplätze in der Industrie. Man müsse sich fragen, ob dieses Feld anderen überlassen bleiben solle. Veränderungen ließen sich nicht aufhalten. Darauf müsse sich das Land rechtzeitig einstellen.

Neben der Arbeit, die die zuständigen Ressorts im Zusammenhang mit dem Brexit leisteten, bringe sich Herr Merz als eine Persönlichkeit mit hoher Reputation bei Unternehmen und in der Öffentlichkeit ehrenamtlich als Brexit-Beauftragter ein. Trotzdem habe sich auch die Landesregierung zu kümmern. Wie in anderen Fällen üblich, seien Verbandsvertreter aus allen Bereichen eingebunden worden.

Die Zahl der Existenzgründungen seien eine Art kommunizierende Röhren mit dem Arbeitsmarkt. Bei sinkender Arbeitslosigkeit nehme die Anzahl der Gründungen, die aus der Not heraus erfolgten, ab. Gleichzeitig solle die Qualität der Gründungen verbessert werden, damit sie schneller wachsen und mehr Beschäftigte einstellen könnten. Auch wenn bereits Fortschritte für Nordrhein-Westfalen erzielt worden seien, werde weiter daran gearbeitet.

Zur Stärkung des Mobilfunks und zur Förderung der Steinkohlestandorte müsse der Bürokratieabbau vorangetrieben werden. Die gute Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen unterstütze diese Entwicklung.

Horst Becker (GRÜNE) betont, diese Landesregierung lege nun ihren dritten Haushalt vor. CDU und FDP hätten damals angekündigt, alles werde sofort besser. Mittlerweile sei die Rede von einer sukzessiven Verbesserung. Das sei ein erheblicher Unterschied.

Entgegen der Ankündigung sei die Anzahl der Staus sogar gestiegen. Ebenso habe sich der Bahnverkehr verschlechtert. Laut Minister habe sich die Rückstandslücke beim Wirtschaftswachstum in NRW verkleinert. Dem müsse man das niedrigere Wirtschaftswachstum auf Bundes- und Landesebene gegenüberstellen. Dadurch habe sich die Lücke verkleinert – aufgeholt habe NRW entgegen der Ankündigungen nicht.

Das Rheinische Revier werde immer wieder als große Aufgabe genannt, finde sich im Haushalt aber nur mit etwas mehr als 12 Millionen Euro wieder. Diese Größenordnung sei nicht adäquat. Der Bundeshaushaltsgesetzgeber plane offensichtlich, die Bundesmittel für NRW immer nur aus Rückflüssen der Einzeltitel zu finanzieren und dem Jährlichkeitsprinzip zu unterwerfen.

Die Strukturhilfen für Steinkohlerückzugsgebiete sanken um über 5 Millionen Euro. Ausgewiesen seien letztlich nur Mittel für Verpflichtungsermächtigungen der Vorgängerregierung.

Als Folge der Wirtschaftspolitik der letzten Jahre seien die Beschäftigungszahlen in NRW noch gut. Dies werde sich in den nächsten Jahren drastisch verändern. Allein der angekündigte Arbeitsplatzabbau bei Siemens, Ford, thyssenkrupp und Bayer ließen erschrecken. Ein Gegenwirken der Landesregierung sei nicht erkennbar.

Es gebe keinen Anlass für die Hoffnung auf sukzessive Verbesserung der Lage in NRW. Ankündigungen spiegelten sich nicht in den realen Zahlen und im Handeln wider.

Christian Loose (AfD) meint, wie die Landesregierung das Falsche zu tun, gefährde noch mehr Arbeitsplätze als abzuwarten.

Windmühlen existierten seit mehr als 800 Jahren und Autos seit mehr als 130 Jahren. Sie seien von besseren Technologien abgelöst. Nun würden – teilweise durch die EU – die besseren Technologien verboten. Autobauern seien aufgrund der Vorgaben gezwungen, zusätzlich die unwirtschaftlichen Elektroautos zu bauen, um Strafzahlungen in Milliardenhöhe zu vermeiden.

Im Industriepolitischen Leitbild heiße es, 10 GW gesicherte Leistung würden bis 2028 oder 2030 mehr benötigt. Gleichzeitig gefährde die Regierung die Versorgungssicherheit durch die zwangsweise Abschaltung von Kohlekraftwerken.

Immer wieder werde auf durch Klimapolitik geschaffene Arbeitsplätze verwiesen. Gleichzeitig baue die Windenergieindustrie in großem Umfang Arbeitsplätze ab, weil Subventionen ausliefen. Gleiches gelte für den Forschungsbereich. Solange er mit Geld subventioniert werde, entstünden Arbeitsplätze. Führe dies nicht zur Entwicklung neuer und wirtschaftlicher Produkte, die in Deutschland gefertigt würden, handele es sich aber nur um Luftnummern.

Die Landesregierung handele rückwärtsgewandt und gehe planwirtschaftlich vor.

Bodo Middeldorf (FDP) kritisiert, die AfD schaue regelmäßig durch die nationalstaatliche Brille. 80 % der für deutsche Automobilhersteller relevanten Märkte setzten in den nächsten fünf bis zehn Jahren auf E-Mobilität. Die deutsche Automobilindustrie könne nicht durch die Behauptung geschützt werden, sie müsse sich nicht auf neue Entwicklungen vorbereiten. Solche Aussagen schädeten der Wirtschaft im Gegenteil massiv.

Statt Antworten auf die Zukunftsaufgaben zu geben, zeichne die AfD zeichne stets ein düsteres Zukunftsbild.

Die beginnende Eintrübung der Konjunktur sei schon Herausforderung genug. Das Land stehe aber gleichzeitig vor massiven Herausforderungen im Hinblick auf den Transformationsprozess und den Strukturwandel. In den nächsten Jahren müsse die Automobilindustrie für die Zukunftsaufgaben fit gemacht werden.

Digitalisierung sei Basis und Voraussetzung, damit die nordrhein-westfälische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb auch in Zukunft noch erfolgreich sein könne. Ohne einen entscheidenden Beitrag der Landesregierung verliere NRW den Anschluss. Eine Fortsetzung der rot-grünen Politik bedeute genau dies. Die Vorgängerregierung habe einen massiven Investitionsstau im Verkehrsbereich hinterlassen, der abgearbeitet werden müsse, damit sich die Situation verbessern könne.

Einerseits plädierten die Grünen stets für die Bahnnutzung, andererseits erhoben Mitglieder der Grünen vor Ort Protest gegen jedes Bahnausbauprojekt und äußerten Bedenken.

Seit Februar lägen die Empfehlungen zum Rheinischen Revier vor. Bereits im November habe die Landesregierung die entsprechenden Vorbereitungen getroffen, um Nordrhein-Westfalen gut zu positionieren. Das sei auch gelungen. Seit Februar warte man beim Bund nun auf den gesetzlichen Rahmen. Eine Umsetzung könne aber auch erst erfolgen, wenn der Bund bereit sei, die entsprechenden Mittel bereitzustellen. NRW müsse als Land geschlossen in Richtung Bund wirken, um zu vermeiden, dass sich der Bund am Ende aus der Verantwortung für die Umsetzung seiner eigenen Beschlüsse ziehe. Dies der Landesregierung anzulasten, sei geradezu absurd.

Das Land habe bereits Vorleistungen erbracht, indem beispielsweise ein erheblicher Anteil aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums ins Rheinische Revier gegeben werde.

Henning Rehbaum (CDU) bestätigt die Zunahme von Staus. Ein Grund liege in den Düsseldorfer Umweltpuren. Hauptgrund seien jedoch Baustellen. Nordrhein-Westfalen investiere auf Rekordniveau ins Straßennetz. Damit seien nun einmal Baustellen verbunden. Selbst die Gewerkschaften lobte die Landesregierung für diese Politik. Eine Vielzahl außerparlamentarischer Vorfeldorganisationen der Grünen gegen Infrastrukturausbau verzögere und verhindere Maßnahmen. Eine Verkehrswende habe es zur Regierungszeit von Rot-Grün nicht gegeben. Sanierungen und Reaktivierungen von nichtbundeseigenen Eisenbahnen hätten Rot-Grün nicht angestoßen.

Derzeit würden auch deutlich mehr Radwege gebaut als vor der Regierungsübernahme. Ebenso fließe in die Verkehrsträger Straßenbahn und U-Bahn Geld, damit der ÖPNV endlich besser werde.

Horst Becker (GRÜNE) hebt hervor, der Haushaltsansatz für die digitale Wirtschaft sinke im Haushaltsentwurf um fast 1 Million Euro. Breitbandausbau erfolge genau mit den von der vorherigen Regierungskoalition vorgesehenen Mittelansätzen.

Der erste Förderbescheid für den Radschnellweg Ruhr seit 2011 übergeben worden. CDU und FDP hätten Radschnellwege damals noch als „grüne Spinnerei“ abgetan.

CDU und FDP untermauerten ihre ursprünglichen Ankündigungen bislang nicht durch entsprechendes Handeln.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) unterstreicht, Versprechen seien einzuhalten. Genau dies tue die Landesregierung und lasse sich gern daran messen. Im Koalitionsvertrag festgelegte Parameter seien ganz klar nachvollziehbar und messbar. Die vorgesehenen Maßnahmen sollten für eine nachhaltige Belebung von Wirtschaft, Bildung, Verkehr etc. sorgen. Vergleichswerte ermöglichten eine Bewertung der erreichten Leistungen.

Zur Bildungspolitik habe es unlängst ein Ranking gegeben. Nordrhein-Westfalen habe sich gegenüber der vorherigen Bewertung verbessert. Beim Wirtschaftswachstum habe eine Verringerung des Deltas erreicht werden können. In Bezug auf die Beschäftigungssituation verzeichne NRW eine höhere Dynamik als der Bundesdurchschnitt. Beim Wagniskapital habe es von 2016 bis 2018 eine Steigerung von rund 60 Millionen Euro auf fast 300 Millionen Euro gegeben.

Im Haushalt seien die Mittel für die digitale Wirtschaft in einer Rubrik eines Gesamttitels verortet. Der Gesamttitel wachse um 27 Millionen Euro an. Die Mittel seien gegenseitig deckungsfähig. Die DigiHubs würden mit 50 % mehr gefördert als bisher. Die Förderperiode sei verlängert worden. Lediglich das Digital Hub Köln habe von sich aus keinen Verlängerungsantrag mehr gestellt, weil es sich selbst finanzieren könne.

Es werde versucht, Nordrhein-Westfalen zu dem mit Abstand attraktivsten Standort für Unternehmensgründungen zu machen. Neben dem Digitalgipfel hätten viele Gründerveranstaltungen im ganzen Land stattgefunden. Dies werde Wirkung zeigen.

Dinge wie die Batteriezellforschungsfabrik, das Max-Planck-Institut und die „Folgen“ der Exzellenzinitiative müssten vom Land kofinanziert werden. Zu nennen sei auch das Automotive-Cluster. Seit der ersten Stunde arbeite die Landesregierung daran, solche Zukunftsthemen eng mit der Industrie abzustimmen und zu organisieren.

2 Innovation City Bottrop für ganz Nordrhein-Westfalen nutzbar machen (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])

Vorlage 17/2513

André Stinka (SPD) schließt nahtlos an die Haushaltsberatungen in den Bereichen Energie und Klima an. In dem schriftlichen Bericht werde ausgeführt, das sei ein wunderbares – und von der Vorgängerregierung initiiertes – Projekt. Ersichtlich werde in der Vorlage aber auch das geringe Interesse an dem Bericht; denn der Geschäftsführer werde als „ehemalig“ bezeichnet, obwohl sein Vertrag noch bis 2022 laufe.

Das Projekt „InnovationCity“ solle dazu beitragen, sehr klar praktische Beispiele der Energie- und Klimawende in Nordrhein-Westfalen darzustellen. Deswegen habe man gemeinsam mit Wirtschaft, Verbänden, der Bundesregierung und der Europäischen Kommission dieses Projekt organisiert.

InnovationCity habe durch die vor Ort geleistete Arbeit aufgezeigt, dass Beratung aus mehr bestehe als der Herausgabe von Heftchen. Das direkte Gespräch mit den Menschen sei unerlässlich.

Beschämenderweise beschäftige sich der größte Teil der Vorlage mit der Frage, wer an welchen Sitzungen teilgenommen habe, und der Tatsache, dass 2016 angestoßene Projekte gut verlaufen seien. Dies sei sehr wenig und werde dem damals formulierten Anspruch von InnovationCity überhaupt nicht gerecht.

Das Ministerium trage zwar gern die Energiestrategie vor; diese sei jedoch nicht unterfüttert. Das reihe sich in andere Maßnahmen ein. Diese Landesregierung habe keinen roten Faden und keine Idee oder wolle verschleiern, dass sie Projekte der alten Landesregierung unter neuer Überschrift weiterführe.

Auch **Wibke Brems (GRÜNE)** wünscht sich einen ehrlichen Umgang mit der Frage, welche Projekte von der Vorgängerregierung begonnen worden seien und nun fortgeführt würden. In künftigen Berichten solle dies deutlicher zum Ausdruck kommen. Die Fortführung von Projekten sei grundsätzlich zu begrüßen.

Das Smart-City-Rollout habe auch Dinge unterstützt, die es ohnehin gegeben hätte. Dies sei nicht sinnvoll. Zu hinterfragen sei, ob und inwiefern ein solcher Rollout auf andere Gebiete ausgedehnt werden solle und wie verhindert werde, dass Kommunen nicht nur das finanzierten, was sowieso bereits geplant sei.

Der Projektauftrag „Kommunaler Klimaschutz NRW“ sei bereits unter Rot-Grün gestartet worden. Diesen Auftrag bewerte die Landesregierung in ihrem schriftlichen Bericht als positiv. Deshalb stelle sich die Frage, in welcher Form das Projekt fortgeführt und wie für eine breitere Wirkung gesorgt werde.

Christian Loose (AfD) bestätigt die Notwendigkeit von Ehrlichkeit und Transparenz. Unter dem Punkt „Klimakabinett“ bemängelt die Landesregierung fehlende Transparenz. Was das Programm an Treibhausgas-Emissionsminderung bringe, sei unklar,

heiße es in dem Bericht zu Tagesordnungspunkt 4. Deswegen interessiere ihn, wie viel CO₂ bisher mit dem Programm eingespart worden sei.

Dr. Christian Untrieser (CDU) stellt große Einigkeit in der positiven Bewertung der Innovation City Bottrop für Stadtentwicklung, Klimaschutz etc. fest. As Konzept wirke in einem Kernpunkt des Klimaschutzes. Die Energiewirtschaft reduziere in beachtlichem Ausmaß CO₂-Emissionen. Nachholbedarf bestehe bei Verkehr und Gebäudewirtschaft. Bei InnovationCity würden Bürger vor Ort von Investitionen in Klimaschutz überzeugt. In diesen Städten werde eine Sanierungsrate von 3 % erreicht, während der Landesdurchschnitt bei 1 % liege.

Die für kommunalen Klimaschutz in den Landeshaushalt eingestellten Leistungen hätten sich verfünffacht. Das sei ein guter Schritt.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) hebt hervor, Innovation City Bottrop habe hervorragende Arbeit geleistet. Der Wohnraum dort sei für die Menschen attraktiver geworden. Außerdem sei es gelungen, die Projekte mit dem Mittelstand, mit dem Handwerk zu organisieren und damit zur nachhaltigen Beschäftigung beizutragen. Dies lasse sich an der Arbeitslosenquote der Stadt ablesen.

Klimaschutz könne mit den Zielen der Energieversorgungsstrategie verbunden werden, nämlich durch dezentrale urbane Energielösungen. Dabei gehe es nicht nur um neue Bezeichnungen für Altes. Was gut laufe, könne weitergeführt und fortentwickelt werden. Bestimmte Maßnahmen der früheren Regierung müssten jedoch verändert und anders positioniert werden. Dazu gehöre das Thema „urbane Energielösungen der Zukunft“. Dort seien Lösungen erforderlich, die schwerpunktmäßig nicht nur auf energetische Sanierung abzielten, sondern bei denen erneuerbare Energien und Strom stärker mit Wohnen und Mobilität zusammengeführt würden. Dieser Ansatz sei in die Ruhrkonferenz eingebracht worden. Alle Partner mit Know-how seien dafür eingebunden worden.

Das Ministerium arbeite weiter daran, kommunalen Klimaschutz umzusetzen. Um alle guten Projekte weiterhin fördern zu können, seien die Mittel von 100 Millionen Euro auf 180 Millionen aufgestockt worden. Zudem erfolge ein Ausbau zu urbanen Energielösungen der Zukunft. Man bemühe sich um zusätzliche Haushaltsmittel, um gerade in der Metropole Ruhr, aber nicht nur dort, Energiekonzepte der Zukunft in den Quartieren vorantreiben zu können.

3 Wann kommen die Erleichterungen für Windenergie auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen? *(beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 2])*

Vorlage 17/2495

Wibke Brems (GRÜNE) bedauert, der Minister habe wieder einmal Dinge angekündigt und falle dann doch wieder dahinter zurück. Im August sei es dem Minister laut „NRZ“ noch ausdrücklich darum gegangen, neue Anlagen befristet auf Waldflächen zu erlauben, die dem Borkenkäfer zum Opfer gefallen seien.

Dieses Ziel sei absolut richtig und korrekt. Waldbäuerinnen und Waldbauern seien massiv vom Borkenkäfer betroffen, zum Teil sogar stärker als im August absehbar. Manche Betroffenen wüssten nicht, wie es weitergehen solle. Unverständlich sei, warum auf großflächig betroffenen Gebieten keine Windenergieanlagen gebaut werden könnten, die für einen gewissen Übergangszeitraum für Einnahmen der Waldbäuerinnen und Waldbauern sorgten, bis diese den Wald in klimafester Form wiederaufgebaut hätten.

Laut Bericht werde die Landesregierung den Windenergieerlass zur Klarstellung der neuen LEP-Regelungen anpassen und dabei auf Nutzungsmöglichkeiten von Windenergieanlagen auf geschädigten Waldflächen eingehen. Erklärt werden solle das konkret geplante Vorgehen.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) erinnert an die vielfältigen Aufgaben des Waldes wie Holzproduktion, Arterhaltung, Biotopschutz und Klimaschutz sowie als Freizeit- und Erholungsstätte. Die Landesregierung habe ihre Politik entsprechend ausgerichtet und mit der Schmallenberger Erklärung angekündigt, 100 Millionen Euro in den nächsten zehn Jahren zu investieren, um wiederaufzuforsten und zu bewalden, aber auch, um klimastabile Wälder wachsen zu lassen.

Ein Siebtel der 3.700 Windkraftanlagen stehe in seinem Heimatkreis Paderborn. Die Akzeptanz erneuerbarer Energien hänge von zwei Faktoren ab. Der eine Faktor betreffe die Abstandsregelungen, der andere Faktor den Wald. Der Bau von Windkraftanlagen in Wäldern bringe Menschen gegen diese Technologie auf. Zerstörte Waldflächen sollten deshalb wieder aufgeforstet und nicht in Standorte für Windkraftanlagen verwandelt werden.

Jörn Freynick (FDP) legt Wert auf die Feststellung, in Nordrhein-Westfalen gebe es keine Windkraftverhinderungspolitik. Allerdings habe Rot-Grün ganz einseitig Windenergie bevorzugt.

Windenergie rücke immer näher an die Menschen heran. Das führe zu großen Problemen. Dies habe die Landesregierung erkannt und handle entsprechend. Wald diene in erster Linie der Holzwirtschaft, dem Natur- und Biotopschutz sowie der Naherholung und der Freizeitgestaltung.

Der LEP setze der Windenergie daher gerade im Wald Schranken. Windenergieanlagen könnten in eingeschränktem Maße jedoch weiterhin in Wäldern gebaut werden, auch wenn dies letztlich aufgrund der benötigten verbreiterten Wirtschaftswege und der Aufstellflächen zu einer Verminderung der Waldfläche führe. Zudem könnten durch die Anlagen Schäden am Wald entstehen.

André Stinka (SPD) bemängelt, die Landesregierung verspreche den Menschen eine Energiewende, handele aber nicht dementsprechend. Freiherr von Heereman habe auf die in den nächsten Jahren entstehenden erheblichen Schäden für forstwirtschaftliche Betriebe aufmerksam gemacht und neue Einnahmequellen gefordert. Trotzdem lehne die Landesregierung die Nutzung der Flächen für Windkraftanlagen ab. Die Landesregierung solle den Menschen klar sagen, dass sie keine Windenergieanlagen in Wäldern wünsche.

Die FDP-Fraktion spreche im Wirtschaftsausschuss von Akzeptanzproblemen und verdeutliche im Umweltausschuss gleichzeitig ihre Auffassung, dass die Ausgleichsmaßnahmen in Waldaufforstung viel zu hoch seien.

Wibke Brems (GRÜNE) unterstreicht, die Unterstützung für die Betroffenen reiche bei Weitem nicht aus, um Flächen wiederaufzuforsten und ein Einkommen für die nächsten Jahre zu ermöglichen.

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage habe das Ministerium im letzten Jahr berichtet, im nordrhein-westfälischen Wald stünden 67 Anlagen. Dafür sei dem Wald insgesamt eine Fläche von 19 ha entzogen worden, also 0,28 ha pro Anlage. Selbstverständlich hätten Windkraftanlagen also Auswirkungen auf die Umwelt. Man müsse aber die Alternativen bedenken. Vom Borkenkäferbefall seien 20.000 ha betroffen. Vor diesem Hintergrund sei unverständlich, wenn solche Flächen nicht für die Gewinnung von Windenergie genutzt werden könnten. In NRW hätten unter Rot-Grün viel restriktivere Handhabungsmöglichkeiten gegen Windkraftanlagen in Wäldern existiert als beispielsweise in Hessen oder Rheinland-Pfalz. Die Debatte solle sachlich und datenbasiert geführt werden.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) betont, auf Nachfrage habe er der Presse genau mitgeteilt, was der LEP ermögliche und was nicht. Wer argumentiere, dass unter Rot-Grün lediglich 67 Windkraftanlagen in Waldgebieten gebaut worden seien, müsse den Zeitpunkt des Inkrafttretens des LEP erst 2017 im Blick haben.

Laut Bundesrecht könne im Wald künftig noch in dem Umfang Windenergie geplant werden, in dem in einer Kommune sonst keine anderen Flächen zur Verfügung stünden und es sich nicht um besonders schutzwürdigen Wald handele. Dies habe er bereits im Rahmen eines Interviews mit der „NRZ“ am 22. August gesagt.

Henning Rehbaum (CDU) warnt, die Grünen erzeugten große Hoffnungen bei den Waldbauern. Fast jeder der 150.000 Waldeigentümer in NRW habe Probleme mit Bor-

kenkäfern, mit anderen Kalamitäten oder mit Trockenheit. Die CDU wolle mit ihrer Politik möglichst jedem helfen, während die Grünen darauf abzielten, ausgesuchten Waldbauern die Möglichkeit einzuräumen, ein Windrad zu bauen.

Frank Sundermann (SPD) gibt zu bedenken, die SPD habe den Landesentwicklungsplan mit einer breiten Beteiligung erarbeitet, während die aktuelle Landesregierung ein Stück weit in der Realität scheitere. Sie habe im Prinzip versprochen, dass es keine Windenergie in Nordrhein-Westfalen mehr geben werde und eine Abstandsregelung von 1.500 m festgelegt.

Wibke Brems (GRÜNE) hebt hervor, die Grünen hätten keinesfalls versprochen, auf jeder Borkenkäferkalamitätsfläche den Bau von Windrädern zuzulassen. Es gebe aber prinzipiell geeignete Flächen. Sie habe das Interview des Ministers so verstanden, als ob er Windenergieanlagen auf diesen Flächen prüfen lasse. Es müsse eine klare Linie für das ganze Land geben.

Der Minister solle den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Windenergieerlasses angeben.

Windenergie solle nicht verhindert werden, führt **Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE)** aus. Eine solche Aussage habe es vor der Wahl nicht gegeben, und dieses Ziel lege die Koalitionsvereinbarung auch nicht fest. Oberste Priorität habe eine Politik mit Maß und Mitte. Daher gebe es keine Verengung der erneuerbaren Energien auf Windenergie. Gleichzeitig wolle die Landesregierung für eine nachhaltig Akzeptanz der Windenergie sorgen.

Die Bundesregierung habe vor wenigen Wochen einen Windgipfel einberufen, da die Akzeptanz für Windenergie in ganz Deutschland sinke. Als Folge der schwindenden Akzeptanz gelte für neue Windanlagen zu allgemeinen und reinen Wohngebieten ein Mindestabstand von 1.500 m und eine sehr restriktive Einschränkung in Waldgebieten. Bei Repowering gälten die emissionsschutzrechtlichen Abstände. Die differenzierte Regelung lasse Raum für den Ausbau der Windenergie in Nordrhein-Westfalen.

Einen Windenergieerlass werde es erst geben, wenn alle Fakten auf dem Tisch lägen. Derzeit lägen noch nicht alle Details von der Bundesregierung vor. Diskutiert werde ein Abstand von 1.000 m für alle Anlagen – also auch beim Thema „Repowering“. Gemeint seien offenbar auch kleinere Ansiedlungen.

Nach Auffassung der Landesregierung gebe die nordrhein-westfälische Lösung genügend Raum, schaffe aber auch die nötige Akzeptanz für eine nachhaltige Entwicklung. Wichtig sei für die Bundesländern mit ihren unterschiedlichen geografischen und sonstigen Bedingungen eine Länderöffnungsklausel, damit bedarfsbezogene Entwicklungen vorangetrieben werden könnten.

Bernhard Hoppe-Biermeyer (CDU) unterstreicht, niemand sei gegen Windkraft und gegen erneuerbare Energien an sich. Die Menschen sollten bei der Entwicklung mit-

genommen werden. Erst, wenn keine anderen Flächen zur Verfügung stünden, könnten Anlagen in Waldgebieten – und dann bevorzugt auf geschädigten Flächen – gebaut werden.

Michael Hübner (SPD) meint, Maß und Mitte führe in Nordrhein-Westfalen zu einer Vollbremsung bei erneuerbaren Energien und insbesondere bei der Windkraft. Jedes Repowering löse ein neues Genehmigungsverfahren aus. Einerseits gelte eine Abstandsregelung von 1.500 m, andererseits werde behauptet, Repowering lasse noch eine ganze Menge zu. Das stimme nicht.

Erfreulicherweise hätten viele Städte Windvorrangzonen eingerichtet. Jede Stadt habe substantiell Raum für eine Flächenplanung zum Thema „Wind“ zu geben. Der Versuch der Koalitionsfraktion, dem Wald grundsätzlich die Möglichkeit zur Windkraft zu entziehen, habe auch mit einem Versuch zu tun, den Kommunen diese Gestaltungsfreiheit abzunehmen. Das gehe nicht.

Die Abwägung, an welchen Standorten Windenergieanlagen errichtet würden, solle den Verantwortlichen vor Ort überlassen bleiben.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) betont, die Landesregierung habe eins zu eins die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag zur Windkraft umgesetzt. Werde eine Anlage im Rahmen des Repowerings erneuert, gelte der im LEP vorgegebene Mindestabstand von 1.500 m nicht. Dies stehe ausdrücklich im LEP. Natürlich müssten die Anlagen neu genehmigt werden. Emissionsschutzrechtliche Abstände seien selbstverständlich auch für Repowering-Anlagen verbindlich.

4 Wie bewertet die Landesregierung das am 20.9.2019 vorgestellte Ergebnis des Klimakabinetts der Bundesregierung? *(beantragt von der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP [s. Anlage 3])*

Vorlage 17/2532

Henning Rehbaum (CDU) hebt hervor, das Klimapaket stelle einen Paradigmenwechsel in der deutschen Energiepolitik dar. Jeder könne sich auf die nun gestellten Weichen einstellen. CO₂ sei die neue Währung: Wer CO₂ einspare, werde belohnt, wer in CO₂-sparende Techniken und Technologien investiere, werde unterstützt. Das gelte auch in den Sektoren Gebäude und Verkehr.

Eine Gruppe in Deutschland fordere den radikalen Bruch, die sofortige Abschaltung fossiler Kraftwerke, das sofortige Verbot von Verbrennungsmotoren und einen massiven Einstieg in die CO₂-Bepreisung oder gar eine CO₂-Steuer. Das Ergebnis einer solch radikalen Vorgehensweise müsse jedem klar sein: Es komme zu einer massiven Schädigung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und zu einer Vertreibung von Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen in andere Länder. Dies sei hochgradig schwierig, weil nur eine starke Wirtschaft die Herausforderungen der Energiewende bewältigen könne.

Ein solch radikaler Bruch führe zudem zu einer massiven Benachteiligung des ländlichen Raums, in dem die Menschen nach wie vor auf den Pkw angewiesen seien. Den sofortigen Austausch eines Fahrzeugs könnten sich Familien in vielen Fällen gar nicht leisten. Außerdem sei es nicht ressourceneffizient, ein erst wenige Jahre altes Fahrzeug gegen einen neuen Wagen zu tauschen. Gleiches gelte für die Heizsysteme. In vielen ländlichen Bereichen würden nach wie vor keine Fernwärme und keine Gasversorgung angeboten.

Nicht unterschätzt werden dürften die gesellschaftlichen Verwerfungen als Folge eines solch radikalen Umbruchs durch die sprunghaft gestiegenen Belastungen der Bürger. Die Energiewende stelle auch eine soziale Frage dar. Wahlergebnisse stellten möglicherweise eine Antwort auf allzu radikale Forderungen im öffentlichen Raum in dieser Frage dar.

Energiewende und Klimaschutz könnten mit einem behutsamen Einstieg in die CO₂-Bepreisung und einem klar erkennbaren Anstieg dieser Bepreisung wirksam vorangebracht werden. Die Wirtschaft könne dann aus einer starken Position heraus umsteuern sowie Investitionen planen und durchführen, um Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. CO₂-sparende Technologien einzusetzen, sei nicht nur eine Frage des Willens, sondern auch eine Frage der Möglichkeiten und der Genehmigungen, die derzeit nicht immer per Knopfdruck gegeben werden könnten.

Auch die Bürger bräuchten Zeit, um zu reagieren und ihr Verhalten – auch ihr Investitionsverhalten – umzustellen.

Das Klimapaket biete ein Bündel von Anreizen. Dies sei der richtige Weg, um klimafreundliches Verhalten beispielsweise in der Mobilität zu fördern, statt mit Zwang und Verboten zu arbeiten. Klimaschutz funktioniere nicht gegen Bürger und Wirtschaft,

sondern nur mit ihnen. Das Klimapakete biete eine gute Grundlage. Das Ganze sei ein lernendes System. Niemand wisse, wie die einzelnen Faktoren des Klimapakets funktionierten. Es müsse immer wieder nachgesteuert werden.

Jörn Freynick (FDP) schließt sich seinem Vorredner in allen Punkten an und begrüßt, dass sich die nordrhein-westfälische Landesregierung im Bundesrat für einen marktwirtschaftlichen Emissionshandel eingesetzt. Ziel sei einerseits ein marktwirtschaftlicher Anreiz und andererseits eine Deckelung der CO₂-Emissionen. Der Ausstoß von CO₂ müsse bis 2050 stetig verteuert werden. Teil der Bundesratsinitiative sei die Ausweitung auf Verkehr und Gebäude. In der Vergangenheit sei auf diese Sektoren weniger geachtet worden.

Die Maßnahmen sollten wirksam, sozial verträglich und technologieoffen sein. Dafür benötige man Innovationen.

Christian Loose (AfD) erkundigt sich bei der Landesregierung, ob sie die CO₂-Steuer von 10 Euro pro Tonne ohne Grundgesetzänderung für verfassungsgemäß halte. Die CDU-Fraktion spreche zwar von einem lernenden System; das ziehe sich aber bereits seit 15 Jahren durch die Energiewende, ohne dass jemand die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen scheine.

An der Kaufprämie für Elektroautos werde ersichtlich, dass der Markt eben nicht mehr Elektroautos wünsche. Mehr als 99 % der in Deutschland verkauften Autos verfügten immer noch über Verbrennungsmotoren.

Eine weitere Preissenkung beim ÖPNV führe zu nichts. Der Bürger bringe gegenwärtig nicht einmal mehr 50 % der Kosten des ÖPNV auf. Durch eine Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Bahnfahrten stiegen nicht mehr Menschen auf die Bahn um, zumal sich die Auslastung ohnehin schon an der oberen Grenze befinde. Dennoch spreche die Landesregierung in ihrem Fazit von mangelnder Transparenz und hohen Kosten: Was das Programm an THG-Emissionsminderungen bringe, sei nicht klar. Die Kosten seien indes hoch. – Dieses Fazit könne eins zu eins auf das Landesprogramm übertragen werden.

Wibke Brems (GRÜNE) erkenne in der Vorlage deutliche Kritik an dem Programm, während die mündlichen Stellungnahmen der Koalitionspartner eine andere Einstellung vermuten ließen. Dies sei irritierend und solle erläutert werden.

Das aktive Handeln in die Zukunft zu verschieben, sei problematisch. Das aktuelle „Klimapäckchen“ reiche bei Weitem nicht aus. Wenn die Pariser Klimaziele erreicht werden sollten, stehe nur noch ein bestimmtes CO₂-Budget zur Verfügung. Je später mit der CO₂-Reduktion begonnen werde, desto radikalere Maßnahmen müsse es geben, um die gewünschte Reduzierung zu erreichen.

Der Minister solle darlegen, was im Bundesrat oder an anderen Stellen konkret angegangen werde. Auch zum Umgang mit den Abstandsregelungen für Windenergieanlagen sollten noch Erläuterungen gegeben werden.

Frank Sundermann (SPD) befürwortet das Vorhaben, Bahnfahrten zu vergünstigen und Flüge zu verteuern. Die Abschaffung des Solardeckels trete bislang häufig in den Hintergrund. Zu diesem wichtigen Thema fänden jedoch noch vielfältige Gespräche statt.

Ein Kernelement sei die Bepreisung von CO₂. Bei dem ETS-System handele es sich bislang nicht um ein wirkliches System, sondern um eine Steuer. Der Einstieg über eine Steuer stelle für einen schnellen Erfolg vielleicht sogar das richtige Modell dar. Die erwartete Lenkungswirkung bleibe allerdings aus. Dafür seien andere CO₂-Preise erforderlich, zwingend verbunden mit einem Pro-Kopf-Ausgleich, um eine soziale Unwucht zu verhindern. Langfristig werde das ETS-System eine positive Wirkung erzielen.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (MWIDE) hält es für normal, bei einem solch umfangreichen Maßnahmenpaket manche Inhalte stärker zu befürworten als andere. Dies zeige sich bei der weiteren Konkretisierung, zu der unterschiedliche Denkrichtungen existierten. So könne sowohl ein CO₂-Preis vorgegeben als auch stärker ein mengengesteuertes marktwirtschaftliches System angestrebt werden. Die Landesregierung habe zur letzteren Möglichkeit einen Antrag im Bundesrat eingebracht.

Gegenwärtig sehe die Landesregierung die Gefahr eines sehr bürokratischen und weniger innovationsfreundlichen Weges als möglich.

Für NRW bildeten die Umsetzung des Strukturstärkungsgesetz und das Kohleausstiegsgesetz wichtige Faktoren, für die die Solidarität des Bundes und der anderen Länder benötigt werde.

Um sowohl beim Klimaschutz als auch bei den notwendigen Ausgleichsmaßnahmen für Verbraucher und Industrie weiterzukommen, müsse das Land kompromissfähig bleiben. Zur Strompreiskompensation und zu anderen Themen für die Industrie müsse es Planungssicherheit geben.

Für die energetische Gebäudesanierung, insbesondere den Ersatz von Heizungsanlagen, hätten die bayerische und nordrhein-westfälische Landesregierung im Frühjahr eine neue Initiative gestartet. Die Umsetzung solcher Schritte helfe dem Klimaschutz, aber auch dem Erhalt von Arbeitsplätzen.

Im internationalen Vergleich habe Deutschland für die Erreichung der Klimaziele schon vieles getan.

Ralph Bombis (FDP) legt dar, die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen hätten beim Schnüren eines Klimapaktes vielleicht ein etwas anderes Konzept vorgelegt, stärker auf Wechselwirkungen geachtet, die sozialen Auswirkungen im Blick gehabt, in größerem Maße innovationsorientiert gearbeitet und die besonderen Herausforderungen der Industrie berücksichtigt. Der vorliegende Bericht bewerte aber das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung. Die Koalition stehe ebenso wie die Landesregierung zu den Pariser Klimaschutzziele. Das Land habe seinen Einfluss auf Bundesebene geltend gemacht, um das Klimapakete zu beeinflussen. Das werde auch zukünftig der Fall sein.

Die Grünen verlören die Gefahr aus dem Blick, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung überfordert werde. Genau das widerspreche einer sozialen Ausgewogenheit. Eine solche Polarisierung schade letztlich dem Klimaschutz.

5 Binnenschifffahrt in Nordrhein-Westfalen stärken – Wasserwege leistungsfähig halten

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5366
Ausschussprotokoll 17/713

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/7703

(Überweisung des Antrags an den Verkehrsausschuss – federführend – und an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 20.03.2019; Anhörung im Verkehrsausschuss am 04.09.2019)

in Verbindung mit:

10 Personalausstattung der Wasserschifffahrtsverwaltung (WSV) im Ruhrgebiet
(beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 4])

Vorlage 17/2572

Bodo Middeldorf (FDP) hält das Thema für essentiell aber auch existentiell für Nordrhein-Westfalen. Bei der Binnenschifffahrt handele es sich um die umweltfreundlichste Form des Gütertransports. Deshalb sei es höchste Zeit, insbesondere in NRW den Blick auf die Kanalinfrastruktur und alles damit Zusammenhängende zu werfen. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sei auf Bundesebene kein ausreichendes Problembewusstsein vorhanden gewesen, um die drängenden Herausforderungen anzugehen.

Die Schifffahrtsinfrastruktur werde seit Jahren auf Verschleiß gefahren. Teilweise komme es zu einem Ausfall von Schleusensystemen. Wichtige Bau- und Sanierungsmaßnahmen kämen nur sehr, sehr langsam voran. Die Konsequenzen für ein Industrieland wie Nordrhein-Westfalen habe man im vergangenen Jahr beim Niedrigwasser im Rhein sehen können. Binnenschiffe hätten teilweise nicht mehr fahren können.

30 % des Güterverkehrs in Nordrhein-Westfalen entfielen auf die Binnenschifffahrt. Auf Bundesebene liege der Anteil dagegen bei lediglich 8 %.

In den laufenden Haushaltsberatungen des Bundes sei der Ansatz für den Ausbau von Wasserstraßen von 900 Millionen Euro auf 700 Millionen Euro reduziert worden. Das zeige fehlendes Problembewusstsein auf Bundesebene. Umso wichtiger sei ein geschlossenes Signal aus NRW, dass es endlich zu einer Kehrtwende bei der Sanierung von Wasserstraßen kommen müsse.

Der vorliegende Änderungsantrag habe das Ziel, bezüglich der für den Dortmunder Hafen enorm wichtigen Schleuse Henrichenburg zu verbindlichen Projektabläufen zu kommen.

Im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen auf Bundesebene solle sich Nordrhein-Westfalen massiv dafür einsetzen, auf eine Kürzung der Mittel für diesen Bereich zu verzichten. Die Wasserschifffahrtsverwaltung müsse durch ausreichende Kapazitäten in die Lage versetzt werden, die zur Verfügung stehenden Mittel zu verausgaben. Dazu sei sie in der Vergangenheit nicht in der Lage gewesen.

Herbert Strotebeck (AfD) legt dar, Güter könnten auf dem Wasser transportiert werden und so die Straßen entlasten; die Bahn arbeite bereits an ihrer Kapazitätsgrenze.

In den letzten Jahrzehnten sei die Schifffahrtsinfrastruktur nicht gut gepflegt worden. Dieses Versäumnis greife der Änderungsantrag von CDU und FDP mit vielen guten Absichten auf und fordere beispielsweise, die dringend erforderliche beschleunigte Realisierung durch die Übertragung an Externe zu gewährleisten und ein Reporting vorzulegen. Zudem wende sich der Änderungsantrag gegen die Absenkung der Haushaltsmittel.

An Personal scheine es an allen Ecken und Enden zu fehlen. Offenbar seien dringend 52 neue Stellen beim Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt erforderlich. Der Verkehrswegeausbau scheine in der Vergangenheit nicht im Fokus gestanden zu haben.

Michael Hübner (SPD) bestätigt, die Kanalinfrastruktur sei in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Die Landesregierung habe von 15 neuen Ingenieurstellen gesprochen. Das sei nachweislich aber nicht der Fall. Der Bericht solle in der Hinsicht korrigiert werden; die Stellen seien beim Bundesverkehrsminister einzufordern, um verstärkt planen und die Mittel abrufen zu können.

Die Schleuse Henrichenburg stelle einen Engpass und somit ein Wachstumshindernis für Nordrhein-Westfalen dar. Dort müsse investiert werden. Das Niedrigwasser im Rhein habe im letzten Jahr die Abhängigkeit von solchen Prozessen deutlich gemacht. Dies gelte insbesondere für die chemische Industrie im nördlichen Ruhrgebiet.

Matthias Goeken (CDU) hält es für wichtig, nach vorn zu schauen. Erhalt und Sanierung der Wasserstraßen bildeten eine vordringliche Aufgabe. Um den extrem hohen Wachstumsraten im Containerfrachtverkehr gerecht zu werden, müssten Brücken und Schleusen ausgebaut werden. Bei den notwendigen Planungen hierfür gebe es einen Engpass. Aufgrund fehlender Kapazitäten in den Ämtern müssten Dritte für Planung und Bau eingebunden werden. Dann könnten auch die zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen werden.

Einen bedeutsamen Punkt stellten intakte Poller dar, an denen Schiffe beim Einfahren in die Schleusen festmachen könnten. An solchen Stellen müsse bei Bedarf ganz schnell gehandelt werden.

Parteiübergreifend müsse an einem Strang gezogen werden, um das Thema auch auf Bundesebene anzuschieben.

Die Wasserstraßen- und Schifffahrtsämter in Nordrhein-Westfalen sollten umstrukturiert werden. Jede Umstrukturierung streue jedoch vorübergehend Sand ins Getriebe. Es solle darauf geachtet werden, Verluste hierdurch zu vermeiden und die angekündigten Stellen tatsächlich zu schaffen.

Sinnvollerweise werde ein gemeinsames Signal aus Nordrhein-Westfalen an den Bund gesandt, indem die Fraktionen gemeinsam für eine Verbesserung einträten.

Horst Becker (GRÜNE) stimmt zu, es bestehende weitgehende Einigkeit über die Zielsetzung. Der Parlamentarische Staatssekretär Ferlemann vom Bundesverkehrsministerium habe in erster Linie den Hamburger Hafen im Auge. Er unterstütze die Betuwe-Linie und stehe für die Streichung von Wasserstraßen- und Schifffahrtsämtern. Von den Planungen sei Nordrhein-Westfalen am stärksten negativ betroffen. Daher trage seine Fraktion zwar das Ziel des Antrags mit, bewerte die Chancen allerdings als nicht allzu gut.

Neben den genannten 15 Ingenieurstellen fehle eine ganze Reihe weiterer Kräfte. Insgesamt würden mehr als 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigt.

Michael Hübner (SPD) kritisiert, die Landesregierung habe hinsichtlich der angekündigten Ingenieurstellen effektiv nichts erreicht. Auf dieser Grundlage sei der vorliegende Änderungsantrag mit der Forderung, beim Bund für eine weitere personelle Stärkung der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung einzutreten, nicht zustimmungsfähig. Vorstellbar sei, im Wirtschaftsausschuss nicht über den Antrag abzustimmen, sondern dies dem federführenden Verkehrsausschuss zu überlassen.

Volkan Baran (SPD) betont den Willen zur Formulierung eines gemeinsamen Antrags. Über Ziel und Weg bestehende weitgehende Einigkeit.

Vorsitzender Georg Fortmeier informiert, der Verkehrsausschuss werde voraussichtlich bereits am Nachmittag über den Änderungsantrag abstimmen.

Bodo Middeldorf (FDP) warnt vor parteipolitischem Vorgehen und unterstreicht den Wunsch nach einem gemeinsamen Antrag, dies insbesondere mit Blick auf das fehlende Problembewusstsein auf Bundesebene.

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag und dem Änderungsantrag abzuschließen.

6 Umsetzungsgesetz zum Dritten Staatsvertrag zur Änderung des Glücksspielstaatsvertrages in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/6611
Ausschussprotokoll 17/744

(Überweisung des Antrags an den Hauptausschuss – federführend –, an den Innenausschuss, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 26.06.2019; Anhörung im Hauptausschuss am 26.09.2019)

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum abzugeben und seine Befassung mit dem Antrag abzuschließen.

7 Europäische Klimapolitik forcieren: CO₂ einen Preis geben und Energiegeld einführen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5724
Ausschussprotokoll 17/750

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Europa und Internationales – federführend – und an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Haushalts- und Finanzausschuss, an den Verkehrsausschuss sowie an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 22.05.2019; Anhörung im Ausschuss für Europa und Internationales am 27.09.2019)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, die Aussprache zu vertagen, bis das Protokoll der Anhörung vorliegt.

8 Wie gestalten sich die sieben Revierknotenkonferenzen im Rheinischen Revier im Einzelnen? *(beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 5])*

Vorlage 17/2563

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der Grünen überein, die Aussprache zu vertagen.

9 Was tut und meint der Brexit-Beauftragte Friedrich Merz in der aktuellen Lage im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU? (beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 6])

Vorlage 17/2567

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag der SPD überein, die Aussprache zu vertagen.

gez. Georg Fortmeier
Vorsitzender

6 Anlagen

25.11.2019/26.11.2019

73

**Frank Sundermann**Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Landtag NRW • Frank Sundermann MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier MdL

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf

Telefon: (0211) 884-2694
Fax: (0211) 884-3208
E-Mail: frank.sundermann@landtag.nrw.de

per E-Mail: georg.fortmeier@landtag.nrw.de

Düsseldorf,

20.09.2019

Berichts-anfrage zur AWEL-Sitzung am 02. Oktober 2019**Innovation City Bottrop für ganz Nordrhein-Westfalen nutzbar machen**

Sehr geehrter Herr Fortmeier,

mit der Innovation City Bottrop verfügt Nordrhein-Westfalen über ein bundesweit einmaliges Leuchtturm-Projekt für bürgernahen Klimaschutz in der Kommune. Insbesondere im Bereich der energetischen Gebäudesanierung und der Zusammenfassung lokaler Anstrengungen zum Klimaschutz auf Basis des Quartiers ist die Innovation City beispielgebend.

Im Ruhrgebiet hat es verschiedene Ansätze gegeben, die Erfahrungen der Innovationscity in weiteren Quartieren in anderen Ruhrgebietsstädten ebenfalls in konkrete bürgernahe Klimaschutzmaßnahmen einfließen zu lassen. Ein entsprechendes Förderprojekt ist diesen Sommer ausgelaufen. Eine Förderung aus der Regio.NRW wurde im Frühjahr 2019 verwehrt. Bei den 20 Themenforen im Rahmen der so genannten Ruhrkonferenz spielte die Innovation City keine Rolle

Wir möchten Sie daher bitten, einen schriftlichen Bericht der Landesregierung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 02. Oktober 2019 zu folgendem Thema anzufordern und diesen auf die Tagesordnung zu setzen:

Innovation City Bottrop für ganz Nordrhein-Westfalen nutzbar machen

Im Rahmen des Berichts bitten wir darum, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1) Wie bewertet die Landesregierung die Erfahrungen und Ergebnisse der Innovation City?
- 2) Welche Maßnahmen sind seitens des Landes denkbar, um die positiven Erfahrungen der Innovation City zu nutzen, auch in weiteren Kommunen in vergleichbare Initiativen anzustoßen?
- 3) Mit welcher Begründung wurde die Förderung des Projektvorschlages der Innovation City im Rahmen der Regio.NRW im Frühjahr abgelehnt und wie steht die Landesregierung zu diesem Vorgang?

- 4) Warum ist die Innovation City Bottrop nicht im Rahmen der 20-Themenforen-Ruhrkonferenz aufgegriffen worden? Wer hat diese Entscheidung zu verantworten und mit welcher Begründung?
- 5) Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um Kommunen in die Lage zu versetzen, quartiersbezogenen Klimaschutzmaßnahmen, z.B. bei Photovoltaik, Gebäudesanierung oder Wärmeversorgung zu ergreifen?

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Frank Sundermann', with a long horizontal flourish extending to the right.

Frank Sundermann

**Wibke Brems, Dipl.-Ing. (FH)**

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecherin für Energie, Klimaschutz,
Bergbausicherheit und Anti-Atom-Politik

Landtag NRW • Wibke Brems MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses für
Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier MdL
- im Hause –

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-2142
Fax: (0211) 884-3541
E-Mail: wibke.brems@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 20.09.2019

**Beantragung eines Tagesordnungspunktes für die Sitzung des Ausschusses
für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 02.10.2019**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 02.10.2019 beantrage ich als Tagesordnungspunkt einen Bericht der Landesregierung zum Thema: „**Wann kommen die Erleichterungen für Windenergie auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen?**“.

Mit den am 12.07. im Landtag beschlossenen und seit dem 6.8. in Kraft getretenen Änderungen am Landesentwicklungsplan hat die Landesregierung Windenergieprojekte auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen erheblich erschwert. Diese Änderungen wurden seit der Erwähnung im Koalitionsvertrag von CDU und FDP sowohl von Umweltschutzverbänden, der Energiewirtschaft, als auch den Waldeigentümern und dem Landesbetrieb Wald und Holz deutlich kritisiert, trotzdem blieb die Landesregierung unbeirrt bei ihren Plänen.

Doch noch bevor die Änderungen des LEP in Kraft getreten waren, kündigte Minister Pinkwart gegenüber dem WDR am 2.8. an, als Nothilfe für die Eigentümer von Forstflächen, vorübergehend Windenergieanlagen erleichtert genehmigen lassen zu wollen. Seit dieser Ankündigung sind mittlerweile zwei Monate vergangen, ohne dass Herr Minister Pinkwart seine Pläne maßgeblich konkretisiert hätte. Entsprechend groß ist die Verunsicherung bei allen Beteiligten und eine Klarstellung durch den Minister dringend geboten.

Bitte berichten Sie dem Ausschuss schriftlich über die Planungen und den aktuellen Stand der Umsetzung.

Bitte gehen Sie in diesem Bericht auf folgende Fragen ein:

1. Unter welchen konkreten Bedingungen soll eine erleichterte Genehmigung von Windenergieanlagen auf forstwirtschaftlich genutzten Flächen möglich sein?

2. An welchen Gesetzen, Plänen oder Erlassen sind konkrete Änderungen geplant?
3. Wann werden die geplanten Änderungen in Kraft treten?

Herzlichen Dank!

Mit freundlichen Grüßen



Wibke Brems MdL

Von: Rehbaum, Henning (CDU)

Gesendet: Samstag, 21. September 2019 11:58

An: Fortmeier, Georg (SPD) <Georg.Fortmeier@landtag.nrw.de>;

Betreff: Berichts-anfrage

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Fortmeier,

für die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung bitte ich Minister Prof. Dr. Pinkwart in der kommenden Ausschusssitzung um einen Bericht zum Thema: „Wie bewertet die Landesregierung das am 20.9.2019 vorgestellte Ergebnis des Klimakabinetts der Bundesregierung?“ Bitte leiten Sie unsere Berichts-anfrage an Herrn Minister weiter.

Mit freundlichen Grüßen

Henning Rehbaum MdL

**Frank Sundermann**Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion

Landtag NRW • Frank Sundermann MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier MdLPlatz des Landtags 1
D-40221 DüsseldorfTelefon: (0211) 884-2694
Fax: (0211) 884-3208
E-Mail: frank.sundermann@landtag.nrw.de

per E-Mail: georg.fortmeier@landtag.nrw.de

Düsseldorf,

18. Oktober 2019

Berichts-anfrage zur AWEL-Sitzung am 30. Oktober 2019**Personalausstattung der Wasserschifffahrtsverwaltung (WSV) im Ruhrgebiet**

Sehr geehrter Herr Fortmeier,

sowohl der Parlamentarische Staatssekretär Ferlemann (BMVI) als auch Ministerpräsident Laschet haben öffentlich erklärt, dass die Wasserschifffahrtsverwaltung (WSV) im Ruhrgebiet einen spürbaren Stellenaufwuchs von 15 neue Stellen im nächsten Jahr erhalten soll. Der nun vorliegende Entwurf für den Einzelplan des BMVI sieht für das Ruhrgebiet keine neuen Stellen vor. Das ist angesichts der Situation an den Kanälen und Schleusen in Nordrhein-Westfalen, insbesondere im Ruhrgebiet, eine nicht hinzunehmende Entscheidung.

Wir möchten Sie daher bitten, einen schriftlichen Bericht der Landesregierung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 30. Oktober 2019 zu folgendem Thema anzufordern und diesen auf die Tagesordnung zu setzen:

Personalausstattung der Wasserschifffahrtsverwaltung (WSV) im Ruhrgebiet

Im Rahmen des Berichts bitten wir darum, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1) Was hat die Landesregierung unternommen, um die öffentlich angekündigte Stellenaufstockung bei der WSV im Ruhrgebiet beim Bund durchzusetzen?
- 2) Wie bewertet die Landesregierung den nun vorliegenden Entwurf für den Einzelplan des BMVI mit Blick auf die WSV im Ruhrgebiet?

Mit freundlichen Grüßen

Frank Sundermann



Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

GRÜNE Fraktion im Landtag NRW • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier MdL
- im Hause -

Wibke Brems, Dipl.-Ing. (FH)

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecherin für Energie, Klimaschutz,
Bergbausicherheit und Anti-Atom-Politik

Horst Becker

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.,
Sprecher für Wirtschaftspolitik und
Landesplanung

Düsseldorf, den 18.10.2019

**Berichts Antrag zur Sitzung des AWEL am 30.10.19:
Wie gestalten sich die sieben Revierknotenkonferenzen im Rheinischen Revier
im Einzelnen?**

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 30. Oktober 2019 beantrage ich als Tagesordnungspunkt einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zum Thema „*Wie gestalten sich die sieben Revierknotenkonferenzen im Rheinischen Revier im Einzelnen?*“

Hintergrund

Am 06. September 2019 fand in Bergheim die Auftaktveranstaltung für die angekündigten Revierknotenkonferenzen statt, am 10. Oktober dann die erste Fachkonferenz des Revierknotens „Innovation und Bildung“ in Jülich. Leider wurden bislang weder der Landtag noch der Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung näher über die Ausgestaltung und den Ablauf der Revierknoten-Fachkonferenzen informiert.

Für die Sitzung des AWEL am 30.10.19 bitten wir die Landesregierung daher um einen ausführlichen Bericht, der insbesondere Aufschluss über folgende Fragen gibt:

1. Wann, wo und unter welcher Trägerschaft fanden/ finden die einzelnen Revierknoten- Fachkonferenzen statt?
2. Wie oft und in welchem Turnus sollen die einzelnen Fachkonferenzen tagen?
3. Von wem und mit welchen Mitteln werden die Konferenzen finanziert?
4. Wer lud/ lädt zu den Konferenzen ein und über welche Wege?
5. Wer ist aufgerufen/ eingeladen an den jeweiligen Konferenzen teilzunehmen?

6. In welcher Form sind die Kommunen im Rheinischen Revier an den Konferenzen beteiligt?
7. Welche jeweiligen inhaltlichen Ziele werden mit den einzelnen Konferenzen verfolgt?

Mit freundlichen Grüßen



Wibke Brems MdL



Horst Becker MdL

**Frank Sundermann**Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-
Fraktion

Landtag NRW • Frank Sundermann MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft,
Energie und Landesplanung
Herrn Georg Fortmeier MdLPlatz des Landtags 1
D-40221 DüsseldorfTelefon: (0211) 884-2694
Fax: (0211) 884-3208
E-Mail: frank.sundermann@landtag.nrw.de

per E-Mail: georg.fortmeier@landtag.nrw.de

Düsseldorf,

17. Oktober 2019

Berichts-anfrage zur AWEL-Sitzung am 30. Oktober 2019**Was tut und meint der Brexit-Beauftragte Friedrich Merz in der aktuellen Lage im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU?**

Sehr geehrter Herr Fortmeier,

am 31. Oktober 2019 soll nach bisherigem Stand das Vereinigte Königreich Großbritannien die Europäische Union verlassen. Offen ist derzeit noch, ob mit oder ohne eine vertragliche Vereinbarung über die Zeit danach. Nach der Aushandlung eines geänderten Austrittsvertrages zwischen der Regierung in London und der EU laufen nun erneut die innenpolitischen Abstimmungsprozesse in London. Der EU-Gipfel am 17. und 18. Oktober berät über die Verhandlungsergebnisse ebenso wie das Europäische Parlament.

Angesichts dieser für Europa und auch Nordrhein-Westfalen höchst bedeutsamen Entwicklung stellt sich einmal mehr die Frage, was der Brexit-Beauftragte der NRW-Landesregierung, der Aufsichtsratsvorsitzende von BlackRock Deutschland, Friedrich Merz, in diesen Tagen für unser Bundesland tut. Medienberichten zufolge ist auch regierungsintern und seitens von Wirtschaftsvertretern völlig unklar, was Herr Merz überhaupt tut und es ist umstritten, welche Rolle er einnehmen sollte.

Wir möchten Sie daher bitten, einen schriftlichen Bericht der Landesregierung für die nächste Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 30. Oktober 2019 zu folgendem Thema anzufordern und diesen auf die Tagesordnung zu setzen:

Was tut und meint der Brexit-Beauftragte Friedrich Merz in der aktuellen Lage im Zusammenhang mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU?

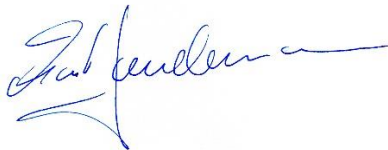
Im Rahmen des Berichts bitten wir darum, die folgenden Fragen zu beantworten:

- 1) Was ist angesichts der aktuellen Lage rund um den Brexit der Rat von Friedrich Merz an die Landesregierung?
- 2) Was ist angesichts der aktuellen Lage rund um den Brexit der Rat von Friedrich Merz an die Unternehmen in NRW?

- 3) Welche öffentlichen und internen Termine und Veranstaltungen hat der Brexit-Beauftragte in den vergangenen Wochen seit der Sommerpause wahrgenommen?
- 4) Welche Anfragen von dritter Seite, in denen der Brexit-Beauftragte um inhaltliche Beratung und Einschätzungen oder die Wahrnehmung von Terminen gebeten wird, haben die Landesregierung 2019 erreicht (Absender bitte nur grob kategorisieren: Unternehmen in NRW, Unternehmen in Großbritannien, Verband, politische Organisation; bitte Monatsweise aufschlüsseln) und welche hat er davon beantwortet bzw. wahrgenommen?
- 5) Inwiefern hat der Brexit-Beauftragte Herrn Minister Prof Dr. Pinkwart bei seiner London-Reise im Juni 2018 unterstützt und wie hat er seine Nicht-Teilnahme begründet?

Gleichzeitig bitten wir darum, dass der Brexit-Beauftragte an der Sitzung des Wirtschaftsausschusses teilnimmt, um den Abgeordneten persönlich seine Sicht und seine Einschätzung zum Brexit darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Sundermann